

# Hallische Zeitung

(im Schwetschke'schen Verlage).

Politisches und

für Stadt



literarisches Blatt

und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.  
Fortsetzung des Hallischen Couriers (im Schwetschke'schen Verlage).

N<sup>o</sup> 42.

Halle, Dienstag den 20. Februar  
Hierzu zwei Beilagen.

1855.

**Telegraph. Depeschen des Berl., Corresp.-Büreaus.**  
Paris, Sonntag, d. 18. Februar, Nachmittags. Der heutige „Moniteur“ meldet, daß der Schrauben-Dampfer „Bretagne“ ein Schiff von 130 Kanonen in Brest glücklich vom Stapel gelassen ist. — Ferner meldet der „Moniteur“, daß dem französischen General Schramm vom Könige von Baiern das Großkreuz des Ordens pour le mérite verliehen wurde.

## Deutschland.

Berlin, d. 18. Febr. Die allgemeine und große Aushebung der Milizen im russischen Reich hat in Oesterreich natürlicherweise eine nicht geringe Beunruhigung hervorgerufen, und es sind deshalb von diplomatischer Seite aus Schritte gethan worden, welche die russische Regierung in Wien, zu beauftragen, daß er dem österreichischen Cabinet gegenüber die Erklärung abgebe, daß diese Maßregel Rußlands hervorgerufen sei, weil von den Westmächten bei allen Staaten Europas Unterhandlungsversuche gemacht werden, um ihre Contingente gegen Rußland ins Feld führen zu können. Diesen außerordentlichen Anstrengungen gegenüber sehe sich der Czar genöthigt, alles aufzubieten, um den erforderlichen Widerstand leisten zu können, und sei hierin einzig und allein die Erklärung für die Vergrößerung des russischen Heeres zu suchen, denn Rußland, was keinesweges Bundesgenossen habe, könne sich einzig und allein durch das Aufbieten aller seiner Kräfte gegen die bedrohlichen Maßregeln der Westmächte schützen. — Die Mittheilung einiger Blätter, daß Oesterreich den Antrag auf Mobilmachung und Wahl eines Bundesoberherrn beim Bundestage wiederholen werde, bestätigt sich nach zuverlässigen Nachrichten aus Frankfurt keinesweges. Ehe Oesterreich auf seine früheren Anträge zurückkommt, müssen sich die politischen Verhältnisse wesentlich geändert haben. — Se. Majestät der König hat befohlen, daß die Familien derjenigen Militärs, welche in Folge der Einberufung oder durch Märlche von ihren Familien während des Winters getrennt werden sollten, dadurch eine Unterstützung erhalten sollen, daß ihnen aus den Staatswaldungen eine halbe Klafter Holz geliefert, oder, wenn die Lage der Staatswaldungen es möglich macht, die Erlaubniß erteilt werden soll, Raff- und Esholz zu holen. Die Regierung zu Potsdam hat deshalb die nöthigen Verfügungen an die Verwalter der Forsten erlassen. — Gewiß interessant für weitere Kreise ist es, daß die von unserer Commune eingerichtete städtische Gas-Anstalt außerordentlich gute Geschäfte macht. Nicht nur sind aus den Einnahmen derselben die Schulden, welche anfänglich gemacht worden sind, gänzlich bezahlt, sondern es konnte auch die Amortisation des Anlage-Kapitals in umfangreicher Weise vorgenommen werden. Da nach der Ministerial-Urkunde der Stadt nicht gestattet ist, aus der Gas-Anstalt Vortheile zu ziehen, sondern die Vortheile vielmehr den Consumenten zukommen zu lassen, so ist der Tarif für die Entnahme von Gas um ein Erhebliches herabgesetzt worden. Während früher pro 1000 Kubikfuß 2 Thlr. 20 Sgr. gezahlt wurden, ist jetzt der Preis auf 1 Thlr. 20 Sgr. herabgesetzt worden. Unfere andere von einer englischen Gesellschaft gegründete Gas-Anstalt, welche sich ihren Consumenten gegenüber verpflichtet hat, das Gas jederzeit 10 Prozent billiger zu liefern, hat sich deshalb ebenfalls veranlaßt gesehen, eine verhältnismäßige Preisherabsetzung eintreten zu lassen.

[Sitzung der Zweiten Kammer am 17. Februar.] Nachdem Herr v. Winde einen Antrag, die §§. 8 bis 11 der königl. Verordnung vom 12. Decbr. 1854 wegen Neubildung der Ersten Kammer aufzuheben, überreicht, beschloß die Kammer mit der Beratung eines Petitions-Berichtes. Die Müllerinnung von Demmin wendet sich mittelst Wobstellung vom 2. Dec. 1854 an die Kammer mit dem Antrage: die Kammer wolle Vorkehrungen treffen A) für gesetzlich anzuordnenden Anschlag der außer den Innungen stehenden selbstständigen Handwerker an die Innungen, (s. B.) daß das gesetzlich wieder eingeführte Prinzip der Preysungen nicht nur streng festgehalten, vielmehr noch ver-

schärf werden könne, und die §§. 26 und 27 der Verordnung vom 9. Febr. 1849 ganz aufzuheben. Abg. Wagener empfiehlt die Petition der Regierung zu überweisen. Gegenüber der Gewerbefreiheit, die revolutionär sei und, wie die Aufkündigung eines Nachbarlandes bemerkt, zum Despotismus führe, müsse auf die Bänke zurückgegangen werden. — Der Handelsminister: Schon früher sei der vorliegende Antrag gestellt, aber weder die Kammer, noch die Regierung habe ihn angenommen. Die Regierung wende unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit dem Handwerkerstande zu. Die Gewerbe-Ordnung von 1845 sei das Resultat sorgfältiger Erwägungen gewesen. Seitdem seien sehr wesentliche Verbesserungen eingetreten. Vom Innungszwange sei Heil für den Handwerkerstand nicht zu erwarten. Der Minister empfiehlt, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. — v. Jockel stellt denselben Antrag. — v. Gerlach: Der Antrag des Herrn Wagener gehe darauf hin, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen, man könne diesem Antrag beistimmen, ohne dadurch gegen die Regierung einen Tadel auszusprechen oder sich für den Innungszwang zu erklären. v. Patow: Die Klagen gegen die Gewerbefreiheit seien ungegründet, eben so die gegen den fabrikmässigen Betrieb. Durch Beschränkung des letzteren würde für den Handwerkerstand nichts gewonnen werden, wir würden in diesem Falle nur genöthigt sein, überall Schlagbäume zu errichten. Die Gewerbefreiheit sei nicht revolutionär, die Revolution habe gerade die meiste Nahrung dort gehabt, wo die alten Bänke bestanden haben. Es sei gesagt worden, die Gewerbefreiheit führe zum Despotismus; allein in Frankreich, auf welches Land hingewiesen werde, stamme der Despotismus nicht von der Gewerbefreiheit, sondern von der Centralisation. Die Bänke seien sicherlich keine wohlthätigen Institute, wie Mecklenburg beweise. Abg. Wagener (Neu-Stettin): Die Angriffe des Vorredners auf die Bänke gelten nur einigen Mißbräuchen und diese sprächen nicht gegen die Institute selbst. Die Centralisation stamme aus der Gewerbefreiheit. — Nach einer weiteren Debatte wird der Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Abg. v. Winde beantragt, die Petition des Lehrers Wandler zu Hermdorf, worin Bismarck gefordert wird, daß die königlichen Behörden seiner Gattin die Concession zum Gewerbebetrieb entzogen hätten, der Regierung zu überweisen. Der Regierungskommissar bemerkt, die Regierung habe in dieser Angelegenheit noch nichts entschieden, ihre Entscheidung würde unfehlbar verhängnisvoll sein. Nach einigen weiteren Bemerkungen und einer Ausrufung des Regierungskommissars, daß sich die Einsicht der Aften verjögere habe, wird der Uebergang zur Tagesordnung angenommen. — Aus den christlich-politischen Gemeinden Pirch, Striegau, Pirchberg, Drebnitz, Neumarkt, Bunzlau, Friedberg, Rawitz, Spottau, Goldberg, Waldburg und Schweinitz sind gleichlautende Petitionen eingelaufen, welche die Erlangung von Korporationsrechten und die Einführung der Civilehe verlangen. Abg. Braemer befragt die Ueberweisung der Petition an das Ministerium, gegen welche sich der Kultusminister erklärt. Nach längerem Vortrage des Referenten nimmt der Kultusminister noch einmal das Wort. Die Redner, die bisher für die Dissidenten gesprochen, hätten meist erklärt, daß sie keine Sympathien für dieselben empfänden. Dies käme sicherlich daher, weil sie keine Sympathien verdienten. Die Wäde, die in Betreff der ehelichen Verhältnisse bei den Dissidenten in den Gesetzen bestehe, sei notwendig. Zur die Ehe unter den Dissidenten sei als Ausnahme die Civilehe gültig. Die Kammer geht zur Tagesordnung über.

Koburg, d. 14. Februar. Der von unserem Speziallandtage gegen das neue Hausgesetz des herzoglich-sachsen-koburg-gothaischen Spezialhauses beschlossene und eingereichte Protest ist vom Staatsministerium als materiell und formell ungültig zurückgewiesen worden.

Kassel, d. 12. Februar. Die Buchhändler und Drucker, denen die Concession versagt worden ist, hatten sich an die Gnade des Kurfürsten gewendet. Sie sind aber auch hier in so fern abschlägig beschieden worden, als sie der Kurfürst an das Ministerium zurückverwiesen hat. Sie beabsichtigen nun eine zweite Eingabe zu machen.

## Orientalische Angelegenheiten.

Das neueste „Journal de Petersbourg“ enthält ein vom 10. d. datirtes Manifest des Kaisers. In demselben heißt es: Der Kaiser sei bemüht, auch ohne Kampf die Rechte der Christenheit im ganzen Orient zu vertheidigen; deshalb habe der Kaiser in Unterhandlungen einzutreten eingewilligt. Die fortwährenden feindlichen Rüstungen nöthigen aber, die von Gott verliehenen Vertheidigungskräfte zu vermehren. Der Gnade Gottes und der Liebe seiner Unterthanen vertrauend, befehlet der Kaiser die Organisation einer allgemeinen Reichsmiliz laut Spezial-Reglement.

Die „Sid. Post“ meldet (unter Wien vom 15. Febr.) Folgendes: Das neue russische Manifest, durch welches Kaiser Nikolaus alle waffenfähige Mannschaft seines Reiches zu den Fahnen rufen, ist seinem Inhalte nach bereits hier bekannt. Was wir darüber ver-







### Frankreich.

Paris, d. 15. Februar. Das Gerücht, daß zwei Beobachtungsheere, jedes gegen 75,000 Mann stark, an den Ostgrenzen, von Straßburg bis nach Boulogne hin, aufgestellt werden, gewinnt an Bestand. General Schramm und Marschall Baraguay d'Hilliers werden als commandirende Generale genannt. Daraus, daß bisher kein neuer Commandirende für die erste Division des Pariser Heeres ernannt worden, will man schließen, daß das Pariser Heer aufgelöst und der größte Theil der hiesigen Truppen für andere Zwecke verwandt wird. — Man sieht ein, daß Alles, was bisher über den Abschluß eines Separatvertrages mit Preußen versichert wurde, voreilig war und alle Nachrichten vom Kriegsschauplatz bestätigen nur das Urtheil Derer, welche den in der Krim sich erst entspinneuden Krieg als das Vorspiel zu noch weit umfassenderen Kriegsoperationen betrachten. So lange das kalte Wetter andauert, beschränkt man sich bloß auf Vorbereitungen zum ernstern Kriegsspiele, und mögen auch manche Angaben über die Pläne unseres Gouvernements noch der Bestätigung bedürfen, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß im Frühlinge mindestens 200,000 Mann bereit stehen, um die österreichischen Heere zu unterstützen. Allerdings wird Alles dieses von dem Erfolge der Wiener Unterhandlungen bedingt werden, deren nächster Zweck wohl die Feststellung der Präliminarien sein wird, welche die Basis des künftigen Friedenswerkes bilden sollen. — Die Fremdenlegion, die unter dem Commando des Generals Dshenbein in der Schweiz angeworben wird, wird ihr Hauptquartier in Besançon haben. Wenn die Bataillone der beiden Regimenter formirt sind, so sollen dieselben nach Afrika gehen. — Es bestätigt sich, daß eine französische Gesellschaft dem englischen Gouvernement den Vorschlag gemacht, die Legion zu bilden, wozu die englische Regierung bereits die Ermächtigung vom Parlamente erhalten. Diese Gesellschaft will in Frankreich wie in neutralen Ländern Leute anwerben, welche frei auswandern dürfen. Es steht zu erwarten, daß das französische Gouvernement seine Zustimmung dazu bereitwillig ertheilt, so daß die Legion sich größtentheils in Frankreich rekrutiren wird. Die Gesellschaft beabsichtigt selbst die Ausrüstung dieser Leute zu übernehmen, falls die englische Regierung sich bereit dazu zeigt.

### Großbritannien und Irland.

London, d. 14. Febr. Admiral Sir Charles Napier hat an Herrn Craufurd, der neulich im Parlamente die Regierung hin-

sichtlich der bekannten, beim Lord-Mayors-Banket gehaltenen Rede interpellirte, folgenden Brief gerichtet:

Mercifitoun Hall, Hornbean, 11. Febr. Mein Herr! Ich habe mich über Admiral Berkeley's Antwort auf Ihre Frage höchlich gewundert. Ich habe keine Lust, mich mit dem tapfern Admiral in einen Wortstreit einzulassen; allein ich nehme mir die Freiheit, zu behaupten, daß, wenn die betreffenden Papiere — deren Vorlegung man hoffentlich verlangen wird — zugänglich sind, es sich zeigen wird, daß man mich angestachelt hat, gegen meine Ueberzeugung zu handeln, daß mir eine Krüge ertheilt worden ist und ich schließlich meines Kommando's entsetzt worden bin. Ich habe die Ehre, mein Herr, zu verbleiben Ihr gehorsamer Diener.  
Charles Napier.

Dem „Advertiser“ zufolge wird heute bei Sir J. Graham auf Anlaß dieses Briefes ein Kabinettsrath Statt finden. — Die „Times“ bringt heute wieder einen donnernden Artikel gegen das aristokratische Cliquen-Wesen und gegen die Herrschaft der Routine, worunter England in letzter Zeit so schwer gelitten habe. Das englische Volk verlange praktische Staatsmänner; es verlange, daß dem Talent, nicht bloß dem Namen und Titel eine freie Laufbahn eröffnet werde, und daß die Kräfte und Hülfsmittel des Landes Händen anvertraut werden, die der Lage gewachsen sind. — Der „Morning Advertiser“ dringt auf Stiftung eines großen Nationalvereins, um den überwiegenden Einfluß der Aristokratie in Bezug auf die Besetzung der Staatsämter zu brechen. — Der nach den Vereinigten Staaten zurückkehrende Soulé verweist gegenwärtig in London.

London, d. 16. Februar. In der heutigen Sitzung des Unterhauses berichtete Palmerston in kurzen Umrissen über den Verlauf der stattgehabten Kabinettsbildung und zählte die bereits angebahnten Reformen auf, welche im Zeugamt, in Betreff des Transportwesens, in der Intendantur und im Lazarethwesen stattfinden. Ferner erklärte Lord Palmerston, daß Lord John Russell über Paris und Berlin als Bevollmächtigter zu den Friedensunterhandlungen nach Wien gehe, zur Wiederherstellung eines ehrlichen Friedens oder zur Fortsetzung eines energischen Krieges. Palmerston ersuchte deshalb das Parlamente, die von Roebuck beantragte Untersuchung der Zustände des Heeres in der Krim fallen zu lassen. Disraeli und Roebuck opponirten hiergegen. — In einer Komitesitzung des Unterhauses machte Lord Graham in Betreff des Budgets der Flotte die Mittheilung, daß die Marine um 6000 Matrosen und 500 Schiffsjungen vermehrt werden solle, und werde die jährliche Mehrausgabe 2 Millionen Pfund Sterling betragen. Derselbe theilte ferner mit, daß die Dampfer im Schwarzen Meere vermehrt werden sollen. Auch für die Ostseeflotte

seien nur Dampfer bestimmt, und zwar 20 Linien-  
schiffe, 5 Kanonen-  
böte, 10 Mörserböte und 20 schwimmende Batterien. Im Ganzen  
werden an 100 engl. Dampfschiffe in der Ostsee operiren. Auf etwa  
nothwendig werdende Zerstörung Odessa's durch Vice-Admiral Lyons  
wurde aufmerksam gemacht. — Im Oberhause machte der Kriegs-  
minister Lord Panmure ähnliche Mittheilungen, wie dieselben von Lord  
Palmerston im Unterhause gegeben wurden. — Der „Globe“ mel-  
det, daß die auf morgen festgesetzte Reise Lord John Russell's zu den  
Wiener-Friedensunterhandlungen wegen Unwohlseins um einige Tage  
verschoben worden ist. Vice-Admiral Dundas ist an Stelle Napier's,  
und Francis Baring zum Kanzler von Lancaster ernannt worden.

### Spanien.

Der „Independance Belge“ schreibt man aus Madrid vom 9.  
Febr.: Sowohl die Deputirten in häufigen Privatversammlungen, als  
der Ministerrath, beschäftigen sich angelegentlich mit der religiösen  
Frage. D'Donnell ist unter allen Ministern derjenige, der die Glau-  
bensfreiheit am weitesten ausdehnen möchte; aber seine Kollegen und  
die Mitglieder der Verfassungskommission befürchten, dies werde das  
Signal zum Bürgerkriege sein, und die Regierung glaubt sich leider  
nicht stark genug, mit Erfolg zu kämpfen, falls die Anhänger Mon-  
temolin's sich dem unwissenden Volke als Gegner der Glaubensfreiheit  
darstellen. — Die Regierung hat nach Cadix durch den Telegraphen  
die Weisung abgeschickt, unverzüglich eine Fregatte, eine Corvette,  
zwei Dampfer und acht kleine Schiffe unter Segel gehen zu lassen.  
Diese Flotille soll unter dem Befehle des Schiffskapitans Herrera die  
Küsten Cataloniens aufs schärfste überwachen.

Nach madrider Blättern vom 10. Februar hatte die Regierung  
durch den Telegraphen die Nachricht erhalten, daß die drei Haupt-  
kompromittirten bei der carlistischen Verschwörung zu Pampeluna, ein  
Sergeant, ein Soldat und eine Civilperson, bereits erschossen wor-  
den sind. — Nach der „España“ hatte sich der päpstliche Nuncius  
zum Minister des Auswärtigen begeben und erklärt, daß, wenn die  
spanische Regierung dem Concordat nicht treu bliebe, der heilige Stuhl  
das Recht haben würde, die darin von ihm gemachten Konzessionen  
selbstverständlich als nicht mehr geltend zu betrachten, und daß er,  
falls der Verkauf der geistlichen Güter in der angekündigten Weise  
Statt finde, einen längeren Aufenthalt in Madrid für unmöglich er-  
achte. Der Minister erwiderte, die Regierung habe nach Rom berich-  
tet, und der Nuncius werde wohl die Antwort von dort abwarten,  
bevor er einen Beschluß fasse.

In der Cortes-Sitzung vom 10. Febr. entgegnete der Minister  
der auswärtigen Angelegenheiten auf die Anfrage eines Deputirten  
über die Beziehungen Spaniens zu Nordamerika, daß, nach dem In-  
halte der von der nordamerikanischen Regierung gemachten Anzeige

von der „Absetzung“ des Herrn Soulé zu schließen, eine befriedigende  
Lösung der Streitfrage zu erwarten stehe. Seit die washingtoner Re-  
gierung mit der Absetzung des Herrn Soulé eine neue Bahn betreten  
habe, habe auch die spanische Regierung geglaubt, sich einem reifliche-  
ren Studium des Gegenstandes unterziehen zu müssen. Die größte  
Unparteilichkeit werde dabei obwalten, um den Vereinigten Staaten  
volle Genugthuung zu gewähren, falls ihnen wirklich ein Schaden-  
ersatz gebühre. Die Regierung sei in allen Fällen überzeugt, daß die  
guten Beziehungen zwischen beiden Ländern keine Unterbrechung erlei-  
den werden. Nach dieser wichtigen Erklärung wurden der Tagesord-  
nung gemäß die Debatten über die Gewissensfreiheit fortgesetzt. Ein  
Amendement Corradi's, das für die Ausländer völlige Kultusfreiheit  
und für die Spanier „Entbindung von aller Verantwortlichkeit in  
Folge ihres Glaubens“ wollte, wurde u. A. von Dlozaga und dem  
Minister des Aeußern bekämpft, mit 132 gegen 115 Stimmen ver-  
worfen und dann die Sitzung aufgehoben, nachdem noch der Bericht-  
erstatter der Verfassungskommission angezeigt hatte, daß alle Mitglie-  
der der letzteren, mit Ausnahme von Rios Rosas, die Ausmerzung  
des Wortes „bürgerlich“ aus dem auf die Religion bezüglichen Arti-  
kel genehmigt hätten. Es hieß nämlich darin: „Kein Spanier oder  
Ausländer kann wegen seiner (religiösen) Meinungen bürgerlich belangt  
werden, so lange er sie nicht durch der Religion zuwiderlaufende Hand-  
lungen kund giebt“, was jedoch keine Sicherheit dafür zu gewähren  
schien, daß eine gerichtliche Belangung nicht von Seiten geistlicher  
oder Kriminalgerichte erfolgen könne. Die jetzt von der Kommission  
genehmigte Weglassung des Wortes „bürgerlich“ würde jedoch jede  
Art von Verfolgung wegen religiöser Meinungen, den im Artikel selbst  
vorgesehenen Fall ausgenommen, für unzulässig erklären.

### Belgien

Brüssel, d. 16. Februar. In der heutigen Sitzung der Depu-  
tirtenkammer erklärte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten  
in Folge einer stattgehabten Interpellation, daß kein Schritt geschehen  
sei, daß Belgien dem Bündnisse der Westmächte beitrete oder eine  
bewaffnete Neutralität annehme. Belgien würde die Verträge anru-  
fen und sei seine Neutralität im Interesse Europas und dem Völker-  
rechte gemäß begründet.

### Niederlande.

Den „Hamb. Nachr.“ zufolge besprechen Brüsseler Privatbriefe  
ein Ereigniß, das Belgische Lokalblätter ziemlich klar discutiren. In  
Folge einer unvorsichtig heftigen Bewegung des Königs von Holland  
habe einer seiner Adjutanten, ein Herr Rochussen, eine Wunde oder  
Verletzung erhalten, an der er gestorben sei. Man beschäftigt sich im  
Haag mit nichts anderem, als mit diesem Gerücht.

Gebauer-Schweifsche'sche Buchdruckerei in Halle.







Politisches und  
für Stadt



literarisches Blatt  
und Land.

Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.  
Fortsetzung des Hallischen Couriers (im Schwetschke'schen Verlage).

Halle, Dienstag den 20. Februar  
Hierzu zwei Beilagen.

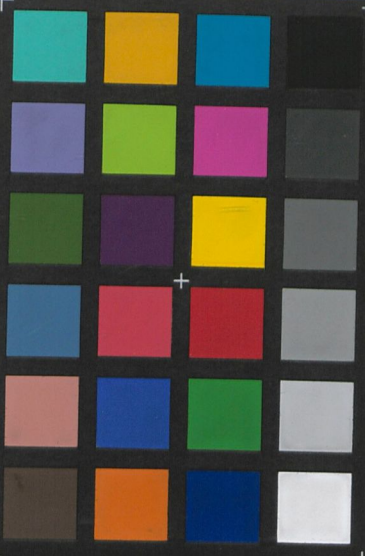
1855.

Depeschen des Berl. „Corresp.-Büreaus.“  
Sonntag, d. 18. Februar, Nachmittags. Der  
„Moniteur“ meldet, daß der Schrauben-Dampfer  
ein Schiff von 130 Kanonen in Brest glücklich  
gelaufen ist. — Ferner meldet der „Moniteur“,  
zürsichischen General Schramm vom Könige von  
Großkreuz des Ordens pour le mérite verliehen

## Deutschland.

b. 18. Febr. Die allgemeine und große Aushebung  
in russischen Reih  
ge Beunruhigung  
cher Seite aus  
g dazu bestimmt  
Wien, zu beauf  
er die Erklärung  
sei, weil von de  
ndlungsversuche  
ins Feld führe  
gegenüber sehr  
erforderlichen  
nd allein die  
zu suchen, dem  
könne sich ein  
gen die bedrohli  
eilung einiger  
und Wahl etw  
erde, befristigt  
esweges. Ehe  
müßten sich die  
Se. Majestät  
Militärs, we  
hren Familien  
y eine Unterstüt  
gen eine halbe  
tswaldungen e  
Raff- und Leseh  
lb die nöthigen  
Gewiß inte  
ommune eingetau

✕rite colorchecker CLASSIC



Nicht nur sind aus den Einnahmen  
Schulden, welche anfänglich gemacht worden sind, gänz-  
ndern es konnte auch die Amortisation des Anlage-Ka-  
ngreichster Weise vorgenommen werden. Da nach der  
kunde der Stadt nicht gestattet ist, aus der Gas-An-  
zu ziehen, sondern die Vorteilse vielmehr den Consum-  
men zu lassen, so ist der Tarif für die Entnahme von  
Erhebliches herabgesetzt worden. Während früher pro  
2 Thlr. 20 Sgr. gezahlt wurden, ist jetzt der Preis  
0 Sgr. herabgesetzt worden. Unsere andere von einer  
Ufschaft gegründete Gas-Anstalt, welche sich ihren Con-  
nüber verpflichtet hat, das Gas jederzeit 10 Prozent  
ern, hat sich deshalb ebenfalls veranlaßt gesehen, eine  
ge Preisherabsetzung eintreten zu lassen.

Nachdem Herr  
Antrag, die §§. 8 bis 11 der Königl. Verordnung vom 12. Deco-  
r-ubildung der Ersten Kammer aufzuheben, überreicht, bez-  
Kammer mit der Beratung eines Petitions-Berichtes.  
nung von Demmin wendet sich mittelst Vorstellung vom 2. Deco-  
nuer mit dem Antrage: die Kammer wolle Vorkehrungen treffen  
anzunehmenden Anstuf der außer den Innungen stehenden einse-  
rker an die Innungen, und b) daß das gesetzlich wieder einse-  
er präsumen nicht nur streng festgehalten, vielmehr noch ver-

scharft werden könne, und die §§. 26 und 27 der Verordnung vom 9. Febr. 1849  
ganz aufzuheben. Abg. Wagener empfiehlt die Petition der Regierung zu  
überweisen. Gegenüber der Gewerbefreiheit, die revolutionär sei und, wie  
die Zustände eines Nachbarlandes bewiesen, zum Despotismus führe, müsse auf die  
Zünfte zurückgegangen werden. — Der Handelsminister: Schon früher sei  
der vorliegende Antrag gestellt, aber weder die Kammer, noch die Regierung habe  
ihn angenommen. Die Regierung wende unangeseht ihre Aufmerksamkeit dem  
Handwerkerstande zu. Die Gewerbe-Ordnung von 1845 sei das Resultat sorgfät-  
tiger Erwägungen gewesen. Seitdem seien sehr wesentliche Verbesserungen einge-  
treten. Vom Innungszwange sei Heil für den Handwerkerstand nicht zu erwarten.  
Der Minister empfiehlt, über die Petition zur Tagesordnung nicht zu übergehen.  
v. Fock stellt denselben Antrag. — v. Gerlach: Der Antrag des Herrn Wagener  
gehe darauf hin, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen, man  
könne diesen Antrag bestimmen, ohne dadurch gegen die Regierung einen Tadel  
auszusprechen oder sich für den Innungszwang zu erklären. v. Patow: Die  
Klagen gegen die Gewerbefreiheit seien ungegründet, eben so die gegen den fabri-  
mässigen Betrieb. Durch Beschränkung des letzteren würde für den Handwerker-  
stand nichts gewonnen werden, wir würden in diesem Falle nur genötigt sein,  
überall Schlagbäume zu errichten. Die Gewerbefreiheit sei nicht revolutionär, die  
Revolution habe gerade die meiste Nahrung dort gehabt, wo die alten Zünfte be-  
standen haben. Es sei gesagt worden, die Gewerbefreiheit führe zum Despotis-  
mus; allein in Frankreich, auf welches Land hingewiesen werde, stamme der Des-  
potismus nicht von der Gewerbefreiheit, sondern von der Centralisation. Die  
Zünfte seien sicherlich keine wohlthätigen Institute, wie Mecklenburg beweise. Abg.  
Wagener (Neu-Stettin): Die Angriffe des Redners auf die Zünfte gelten nur  
einigen Mißbräuchen und diese sprächen nicht gegen die Institute selbst. Die Cen-  
tralisation habe gerade die Gewerbefreiheit. — Nach einer weiteren Debatte wird  
der Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Abg. v. Bincke beantragt, die Petition des Lehrers Wandler zu Hermstorf,  
worin Beschwerde geführt wird, daß die königlichen Behörden seiner Gattin die  
Concession zum Gewerbebetrieb entzogen hätten, der Regierung zu überweisen.  
Der Regierungskommissar bemerkt, die Regierung habe in dieser Angele-  
genheit noch nichts entschieden, ihre Entscheidung würde unfehlwillig verzögert.  
Nach einigen weiteren Bemerkungen und einer Aeußerung des Regierungsk-  
ommissarius, daß sich die Einsicht der Arien verzögert habe, wird der Ue-  
bergang zur Tagesordnung angenommen. — Aus den christlich-holländischen  
Gemeinden Pilschen, Striegau, Hirschberg, Drebnitz, Neumarkt, Bunzlau, Friede-  
berg, Rawitz, Sprottau, Goldberg, Waldburg und Schweidnitz sind gleichlautende  
Petitionen eingelaufen, welche die Erlangung von Korporationsrechten und die  
Einführung der Gewerbe verlangen. Abg. Braemer befragt über die Ueberwie-  
sung der Petition an das Ministerium, gegen welche sich der Kultusminister  
erklärt. Nach längerem Vortrage des Referenten nimmt der Kultusminister  
noch einmal das Wort. Die Redner, die bisher für die Dissidenten gesprochen,  
hätten meist erklärt, daß sie keine Sympathien für dieselben empfänden. Dies  
käme sicherlich daher, weil sie keine Sympathien verdienen. Die Erde, die in  
Betreff der ehelichen Verhältnisse bei den Dissidenten in den Gesetzen bestehe, sei  
notwendig. Für die Ehen unter den Dissidenten sei als Ausnahme die Civil-  
ehe gültig. Die Kammer geht zur Tagesordnung über.

**Koburg, d. 14. Februar.** Der von unserm Speziallandtage  
gegen das neue Hausgesetz des herzogl. Sachsen-Koburg-Gothaischen  
Spezialhaufes beschlossene und eingereichte Protest ist vom Staatsmini-  
sterium als materiell und formell ungültig zurückgewiesen worden.

**Kassel, d. 12. Februar.** Die Buchhändler und Drucker,  
denen die Concession verweigert worden ist, hatten sich an die Gnade des  
Kurfürsten gewendet. Sie sind aber auch hier in so fern abschläglich  
beschrieben worden, als sie der Kurfürst an das Ministerium zurück-  
verwiesen hat. Sie beabsichtigen nun eine zweite Eingabe zu machen.

## Orientalische Angelegenheiten.

Das neueste „Journal de Petersbourg“ enthält ein vom 10. d.  
datirtes Manifest des Kaisers. In demselben heißt es: Der Kaiser  
sei bemüht, auch ohne Kampf die Rechte der Christenheit im  
ganzen Orient zu vertheidigen; deshalb habe der Kaiser in  
Unterhandlungen einzutreten eingewilligt. Die fortwahren-  
den feindlichen Rüstungen nöthigen aber, die von Gott ver-  
sieheneu Vertheidigungskräfte zu vermehren. Der Gnade  
Gottes und der Liebe seiner Unterthanen vertrauend, befehlt  
der Kaiser die Organisation einer allgemeinen Reichsmiliz,  
laut Spezial-Reglement.

Die „Nid. Post“ meldet (unter Wien vom 15. Febr.) Folgen-  
des: Das neue russische Manifest, durch welches Kaiser Niko-  
laus alle weaffenfähige Mannschaft seines Reiches zu den Fahnen ruft,  
ist seinem Inhalte nach bereits hier bekannt. Was wir darüber ver-

